

Zunächst erläutert der Erste Beigeordnete Brügge anhand eines Schreibens der Stadt Lohmar vom 23.02.2011 an die RSVG und den VRS, das der Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist, die teilweise bereits bekannte Situation.

Zum 01.08.2011 wird u. a. das bisher für die Lohmarer Grundschüler/innen genutzte SchülerjahresTicket, das ausschließlich innerhalb Lohmars und auch ausschließlich an Schultagen Gültigkeit hat und somit in erster Linie den Schulweg der Kinder sicherstellt, nach Beschluss des VRS vom 04.02.2011 gänzlich vom Markt genommen. Das SchülerjahresTicket war für freifahrtberechtigte Kinder bisher kostenlos.

Ersetzt werden soll das SchülerjahresTicket durch das VRS-SchülerTicket, das bisher in Lohmar bei den weiterführenden Schulen eingeführt ist. Dieses Ticket hat nunmehr im gesamten Verbundgebiet an allen Tagen rund um die Uhr Gültigkeit und schließt somit eine Nutzungsmöglichkeit im Freizeitbereich ein. Für diese Nutzungsmöglichkeit im Freizeitbereich wird ein Eigenanteil erhoben, der von den Eltern zu leisten ist. Dieser Eigenanteil beträgt für das jeweils erste freifahrtberechtigte Kind einer Familie 9,60 € und für das jeweils zweite freifahrtberechtigte Kind einer Familie 4,80 € im Monat und wird für 11 Monate im Schuljahr erhoben. Für jedes weitere freifahrtberechtigte Kind einer Familie ist das Ticket dann kostenlos.

Die Stadt Lohmar hat in ihrem o. g. Schreiben deutlich ihre ablehnende Haltung gegenüber der Entscheidung dargelegt und darum gebeten, eine Möglichkeit zu schaffen, die parallele Nutzung von SchülerjahresTicket und VRS-SchülerTicket zu ermöglichen.

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung bei der RSVG am 23.02.2011 wurde deutlich, dass die Kommunen des rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreises, insbesondere die Städte Sankt Augustin und Hennef, weitestgehend geschlossen die Einführung des VRS-SchülerTickets ablehnen.

In einer kurzen Diskussion wird von verschiedenen Seiten des Ausschusses nochmals deutlich klargestellt, dass es ausdrücklich nicht gewünscht ist, Grundschulkindern die Möglichkeit zu eröffnen, selbstständig im gesamten Verbundgebiet des VRS mit dem ÖPNV zu fahren. Diese Möglichkeit war bereits anlässlich der Umwandlung des Schülerspezialverkehrs in ÖPNV ausgiebig diskutiert und auch zum damaligen Zeitpunkt entschieden abgelehnt worden.

Im Anschluss lässt die Ausschussvorsitzende über die als **Anlage** beigefügte Resolution abstimmen.